



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1921

314 (11.7.1921) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-197152](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-197152)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Bezugspreis: 20 Pf. pro Woche, 1.25 pro Monat, 4.25 pro Quartal, 12.50 pro Halbjahr, 25.00 pro Jahr. Postzusatz 10 Pf. pro Woche, 30 Pf. pro Monat, 90 Pf. pro Quartal, 1.80 pro Halbjahr, 3.60 pro Jahr. Abnahme-Preise: 10% für 3 Monate, 20% für 6 Monate, 30% für 1 Jahr. Einzelhefte 5 Pf. pro Stück. Druck- und Verlagsanstalt: Mannheimer General-Anzeiger, 6800 Mannheim, 1.25 pro Monat, 4.25 pro Quartal, 12.50 pro Halbjahr, 25.00 pro Jahr. Postzusatz 10 Pf. pro Woche, 30 Pf. pro Monat, 90 Pf. pro Quartal, 1.80 pro Halbjahr, 3.60 pro Jahr. Abnahme-Preise: 10% für 3 Monate, 20% für 6 Monate, 30% für 1 Jahr. Einzelhefte 5 Pf. pro Stück.

Bezugspreis: 20 Pf. pro Woche, 1.25 pro Monat, 4.25 pro Quartal, 12.50 pro Halbjahr, 25.00 pro Jahr. Postzusatz 10 Pf. pro Woche, 30 Pf. pro Monat, 90 Pf. pro Quartal, 1.80 pro Halbjahr, 3.60 pro Jahr. Abnahme-Preise: 10% für 3 Monate, 20% für 6 Monate, 30% für 1 Jahr. Einzelhefte 5 Pf. pro Stück.

Beilagen: Der Sport v. Sonntag. Aus der Welt der Technik. Gesetz u. Recht. Mannh. Frauen-Zeitung. Mannh. Musik-Zeitung. Bildung u. Unterhaltung. Feld u. Garten. Wandern u. Reisen.

Das Feilschen um die Sforzalinie.

Als die Franzosen sich rüsteten, Elß-Lothringen zum zweiten Male zu rauben, ließen sie durch Herrn Wetterle bezeugen, daß eigentlich alles Land links des Rheines mit Trier, Mainz und Köln als Hauptstädten und ein weiterer Streifen rechts des Rheines bis tief nach Württemberg hinein uralte gallisches Gebiet sei, so daß die uneigennütigen Franzosen, richtig bedacht, noch ein Geschäft mit Schaden machten, wenn sie sich damit begnügten, das Reichsgebiet „nur“ Lothringen und das Elß in die Tasche zu stecken. Als man den Dänen Nord-Schleswig zuschauen wollte, war man so entgegenkommend, uns Deutsche wissen zu lassen, daß Dänemark eigentlich ein geschichtliches Recht auf ganz Schleswig-Holstein bis Altona oder doch, ganz schlecht gerechnet, auf ganz Schleswig bis zur Schlei habe, so daß Deutschland sich vergnügt ins Fränkische lachen dürfe, wenn es „nur“ die nördliche Hälfte mit einer Anzahl rein deutscher Städte und Landstriche einbüße. Das ist so Brauch bei großen Diplomaten, wie mitunter bei kleinen Handelsleuten freilich auch.

Wäre sonst nichts, was die Gefahr anzeigt, daß uns die Franzosen in Oberschlesien die Sforzalinie aufzwingen wollen, so müßte der harmloseste durch die Geschäftigkeit aufmerksam werden, mit der von Paris aus in den letzten Tagen neue Teilungspläne für Oberschlesien angekündigt werden. In allen möglichen Zeitungen erscheinen sie plötzlich, und jede behauptet, sie aus bester diplomatischer Quelle zu haben. Und das trifft wahrscheinlich sogar zu: Sie stammen voraussichtlich alle vom Quai d'Orsay und sind Schlußfolgerungen junger Diplomatenlehrlinge, denen man das Massenpensum gegeben hat: wie würden Sie Oberschlesien so teilen, daß für Deutschland nichts übrig bleibt? Sie stimmen darin überein, daß sie das ganze rechte Oberufer bis südlich Oppeln, das ganze Industriedreieck, die Kreise Loth, Groß-Strehlitz, Lublitz und sogar noch ein erhebliches Stück des Kreises Rosenberg vom Deutschen Reich abtrennen und zu Polen schlagen. Sehr viel weiter ist auch Herr Korfanti mit seiner berühmten Linie nicht gegangen. Einige dieser französischen Teilungsvorschläge sehen sogar so aus, als ob man ihnen die Korfanti-Linie zugrunde gelegt und diese nur an zwei Stellen, östlich von Krappitz und unmittelbar südlich von Rosenberg, wo selbst die Franzosen mit dem schlechtesten Willen keinen Polen entdecken konnten, etwas ausgebogen habe.

Auch die Franzosen glauben nicht, daß sie diese Linie durchsetzen werden. Aber sie werfen die Möglichkeit der neuen Einlenkungen in die Debatte, um die Debatte zu blühen. Sie rechnen so, daß die Deutschen, entsetzt über die Gefahr, unter Umständen auch Groß-Strehlitz, Loth usw. zu verlieren, aufatmen und glücklich sein werden, wenn man ihnen schließlich Gleiwitz und Hindenburg läßt. Das aber ist die zukünftige Grenze, auf die hinter den Kulissen die französische Diplomatie mit aller Kraft hinarbeitet, nämlich die Sforzalinie. Die Sforzalinie trägt ihren Namen von einem Manne, der in polnischen schon der Geschichte angehört. Unter Begleitumständen, die nicht gerade schmeichelhaft waren, ist Graf Sforza seines Amtes als Außenminister von der italienischen Kammer entsetzt worden. Man hat ihm bei dieser Gelegenheit unter Beifall auf den Händen aller Parteien von den Jagden bis zu den Vintagespartys das Zeugnis ausgestellt, daß er nichts als Pfscharbeit zum Schaden der italienischen Außenpolitik geleistet habe. Schlimmer ist die Pfscharbeit, die er uns Deutschen durch seine ober-schlesische Linie hinterlassen hat. Man weiß mittlerweile, welche Kräfte am Werke waren, um den italienischen Diplomaten zur Ausarbeitung dieser Linie, zu der ihn niemand aufgefordert hatte, anzuregen. Der Graf ist zarten Einfühlens einer schönen Polin erlegen, zu der er in Beziehungen getreten war. Seine Linie ist in keiner Weise durch Sachkenntnis beeinflusst, im Gegenteil, die Hinweise, die ihm die italienischen Sachverständigen aus Oberschlesien eingebracht haben, hat er gar nicht beachtet. Sie nimmt auch keine Rücksicht auf die Ergebnisse der Volksabstimmung, sondern sie geht einfach von dem Grundsatz aus: Oberschlesiens Industrie wollen die Polen. Also nehme sie Deutschland weg. Da aber die Engländer, doch auch mitreden wollen und so tun, als ob in Oberschlesien fair play gespielt werden müsse, so erweist den langweiligen Kerlen den Gefallen und läßt den Deutschen Gleiwitz, Hindenburg und einen Teil des Gebietes von Tarnowitz. Daran verlieren die Polen nicht allzuviel.

Und mit solcher Beweisführung hatte der Graf Sforza ganz recht. Denn die Polen geben sich zwar den Anschein, als ob sie vor Wut rasen würden, wenn sie „nur“ die Sforzalinie bekämen und drohen mit neuen Aufständen, wenn man ihnen nicht zur Befriedigung mindestens noch den Bahnhof von Gleiwitz und Ratibor, das sie als Brückenkopf brauchen, und wer weiß was noch zulegte. In Wahrheit aber würde die Sforzalinie die kühnsten polnisch-französischen Hoffnungen erfüllen und im Lande der heiligen Hedwig wäre Armes von Ostern bis Pfingsten, so diese Grenze der Erfolge des deutschen Abstammungssieges wäre. Für Deutschland indes wäre die Sforzalinie, die den fast vollständigen Verlust der ober-schlesischen Kohlen- und Eisenwerke bedeutete, der letzte Stoß zum Ruin. Der Verlust Oberschlesiens würde dann das in Versailles begonnene Werk vollenden. Er wäre gleichzeitig der Beginn der schlimmsten inneren Krisen, die unmöglich ohne Rückwirkung auf die kaum zum Gleichgewicht zurückstrebende Lage der übrigen europäischen Wirtschaftskräfte bleiben könnte. Alle Vertragsteilnehmer wissen das so genau, wie sie wissen, daß Oberschlesien eine untrennbare wirtschaftliche Einheit ist, die nicht einmal die Abtrennung der industriell noch am wenigsten ausgebauten Kreise Pleß und Ansbach ohne Gefährdung ihres Weiterblühens erträgt. Sie wissen auch, daß der Ausfall der Abstimmung kein Recht auf die Lösung Oberschlesiens vom Vaterlande gewährt. Lassen Sie

dennoch wider bessere Einsicht die Franzosen ihre Politik des wahnwitzigen Hasses und der Vernichtung in Oberschlesien fortsetzen, so fällt die Verantwortung auf sie. Und diese Verantwortung werden sie nicht wie das Bürgerblut, das durch ihre Schuld seit 2 Jahren in Oberschlesien fließt, nachlässig mit dem Kermel von der Stirne wischen können.

Zu früh gefreut?

WB. Paris, 11. Juli. Wie der „Matin“ mitteilt, entspricht die Ansicht, General Verond werde seinen Posten verlassen und sei von der französischen Regierung nach Paris zurückberufen worden, nicht den Tatsachen. General Verond habe eine noch nicht vollständig ausgeheilte Kriegswunde und werde deshalb nach Frankreich zurückkommen, um sich operieren zu lassen, jedoch werde er erst nach Paris reisen, wenn der gemeinsame Bericht der internationalen Kommission über die Aufspaltung Oberschlesiens fertiggestellt sei.

Die Jahresfeier in der Ostmark.

WB. Allenstein, 11. Juli. Die erste Jahresfeier des glänzenden Abstimmungssieges wurde gestern überall im ehemaligen Abstimmungsgebiet festlich begangen. Wiederum wie im Vorjahre hatten sich alle Schichten der Bevölkerung in einmütiger Begeisterung zusammengefunden, um in dankbarer und freudiger Erinnerung des Tages zu gedenken, an dem die deutsche Treue in einem heiligen Bekenntnis zu Heimat und Vaterland alle feindlichen Ansätze auf dem deutschen Heimatboden zu nichte machte.

Der Gedanke zu der Gedächtnisfeier, die nun alljährlich wiederkehren soll, war von dem ostpreussischen Heimatdienst in Allenstein und den angeschlossenen Heimatorganisationen ausgegangen. Viele tausend hatten ihm freudigste Folge geleistet. Die Stadt Allenstein hatte zu diesem Jahrestag reichen Flaggen- und Festschmuck angelegt. In der zweiten Nachmittagsstunde bewegte sich ein eindrucksvoller Festzug von Vereinen, Innungen und Gewerkschaften durch die Stadt nach dem Jakobsberg, wo die Festansprache gehalten wurde. Hier begrüßte als erster Redner der Vorsitzende des Heimatdienstes Rektor Funt die tausendköpfige Menschenmenge und erinnerte daran, daß es die Heimat- und Vaterlandsliebe gewesen sei, die vor einem Jahre diesen Sieg errungen habe. Darauf gelangte das Telegramm der Reichs- und Staatsregierung zur Verlesung. Auch vom preussischen Ministerpräsidenten Siegenmund war eine Drahtung mit Wünschen für den erhebenden Verlauf der Feier eingegangen; desgleichen vom Befehlshaber des Wehrkreises, Generalleutnant v. Doffel. Darauf ergriff der frühere Reichskommissar für das ostpreussische Abstimmungsgebiet, Freiherr v. Gayl, Mitglied des Reichsrates und des preussischen Staatsrates das Wort zur Festrede. Er führte aus: Ringsum finden wir die Heimat und Vaterland in tieferer Not als vor einem Jahre am Tage unserer Abstimmung. Die Ketten Deutschlands stürzen, sobald es sich rührt. Aus den abgetretenen Gebieten können herzerweichende Notrufe zu uns herüber. Mit brennenden Augen vor schmerzlichem Heimatweh starren die von uns und ihrer näheren Heimat abgetrennten Landsleute zu uns herüber. Wir Ostpreußen fordern laut, heute wie zu jener Stunde unser Recht. Gebt uns unsere entlassenen Gebiete wieder. Laßt unsere gedehnten Brüder und Schwestern frei. Im Namen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit fordern wir das. Wir bauen auf die Gerechtigkeit der Weltgeschichte, die das Weltrecht ist, auf die Gerechtigkeit Gottes. Nur ein Volk, das sich selbst aufgibt, ist verloren. Gerade wir haben am wenigsten Ursache, uns selbst aufzugeben. Wir wissen genau, daß auf die Dauer an dem harten Willen eines in sich einigen Volkes jede Gewalt zerbrechen muß. Darum sei unser Blick auch heute aufwärts gerichtet. Unser Weg liegt steil, aber klar vor uns. Laßt uns arbeiten und dadurch Taten tun. Wir selbst haben am 11. Juli 1920 eine Tat der Arbeit am Wiederaufbau der Nation geleistet. Laßt uns den festen Entschluß fassen, alles zu vermeiden was uns trennt und alles tun, was uns einigt. Tun wir das, dann bricht ein neuer Zeitabschnitt in der deutschen Geschichte an. Dann kommt auch der Tag, an dem unser Nationallied wieder Wahrheit wird: Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt. Wir wollen in dieser seltenen Festschunde uns selbst und dem Volke die Treue geloben im Kampfe mit uns selbst. Reden wir nicht von dem, was war, sondern von dem, was vor uns liegt. Wenn die Last des Alltags uns niederbrückt, wollen wir zu den Sternen aufblicken, denn es kommt die Stunde, da auch wir wieder das Haupt erheben können. Daß das geschehen möge, das wolle Gott.

Die Ausführungen des Redners erweckten vielfach brausenden Beifall. Einmütig sang dann die Menge das Deutschlandlied. Als letzter Redner sprach der Geschäftsführer des Bundes heimattreuer Ostpreußen Groß-Berlin, Albert Auqustin, im Namen des Reichsverbandes heimattreuer Ost- und Westpreußen. Alle West- und Ostpreußen im Reich stehen geschlossen hinter der Heimat und bilden bewegten Herzens zu Ihnen hinüber und feiern wie Sie das Abstimmungsdankfest. Mit dem Preußenlied schloß dann die erhebende Feier, die in volkstümlichen Veranstaltungen am Nachmittag und Abend ihren Ausklang fand.

Die Entente und die Leipziger Urteile.

Nach der Abberufung.

WB. Berlin, 11. Juli. Der Reichsregierung ist bis jetzt weder von der französischen noch von einer anderen Entente-regierung eine amtliche Mitteilung über die Abberufung der Sachverständigen aus Leipzig gemacht worden. Eine Herausgabe des Aktenmaterials ist auch noch nicht verlangt worden.

Verroux, ein Mitglied der aus Leipzig abberufenen Delegation, äußerte sich zu einem Mitarbeiter des Matin, man sei sehr zufrieden über die Abberufung der Delegation, da ihre Lage höchst unangenehm gewesen sei. Die Leipziger Prozesse

seien eine gutgemachte Komödie mit der Vor- und Nachspielung der Unparteilichkeit. Präsident Schmidt mache einen sehr guten Eindruck und leite die Verhandlungen sehr geschickt. General Stenger habe besonders Komödie gespielt. Verroux stellte zum Schluß die unumkehrbare Behauptung auf, man habe dem französischen Delegierten ins Gesicht gespielt.

Was gedenkt Frankreich zu tun?

□ Berlin, 11. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Auch bis heute mittag liegen aus Paris keine offiziellen Mitteilungen vor wie man in Frankreich weiterhin sich zu der Frage der Leipziger Prozesse zu verhalten gedenkt. Nach wie vor ist völlig undurchsichtig, was Frankreich in Wirklichkeit vor hat. Kenner, die sich für unterrichtet zu halten Grund haben, meinen die Stimmung würde abflauen. Auch die Behandlung der Sanktionen würde höchstens graduell, nicht grundfänglich von der Geste berührt werden, die Frankreich in Leipzig einzunehmen für gut befunden hat. Eine Kabinets-Sitzung in dieser Angelegenheit hat seit Samstag mittag nicht mehr stattgefunden.

Abwartende Haltung Englands.

□ Berlin, 11. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Wie die B. Z. berichtet, will die englische Regierung entsprechend der ursprünglichen Verabredung unter den Alliierten zunächst die erste Serie der Leipziger Prozesse abwarten, die mit der morgigen Verhandlung gegen den Oberleutnant zur See Dittmar und Boldt anhebt, und dann auf Grund der Berichte ihrer juristischen Sachverständigen einen Beschluß fassen. Inwiefern ist dem morgigen Prozeß des Leipziger Reichsgericht eine besondere Bedeutung auch in politischer Beziehung beizumessen.

Der neue Prozeß.

□ Berlin, 11. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Zu dem morgigen Prozeß sind bis jetzt über 65 Zeugen geladen, darunter eine große Anzahl englischer Seeoffiziere und Mannschaften, vom Verteidiger sind nicht weniger als 40 Zeugen, darunter Admiral von Trotha geladen. Der Prozeß wird also wohl 5 Tage in Anspruch nehmen.

Ein Eingriff in die deutsche Gerichtsbarkeit.

WB. Berlin, 11. Juli. Anlaßlich der Verordnung der Interalliierten Rheinlandkommission, die bestimmt, daß deutsche Staatsangehörige, die im Dienst der Rheinlandkommission oder der alliierten Behörden stehen, in gewissen Fällen von der Zeugnispflicht vor einem deutschen Gericht entbunden werden können, schreibt die „Berliner Montagspost“. Diese Verordnung greift in doppelter Weise in die Funktionen der deutschen Staatsgewalt ein. Einmal wird deutschen Staatsangehörigen, die bei den Alliierten beschäftigt sind, die Exterritorialität zugesprochen. Sie werden von den deutschen Gerichten befreit. Damit erklären die Alliierten, daß ein wesentlicher Teil der staatsbürgerlichen Pflichten für diese Personen nicht mehr besteht. Deshalb schreibt die Rheinlandkommission den deutschen Gerichten vor, daß sie Ladungen von Personen, die unzweifelhaft Deutsche sind, an eine alliierte Behörde richten, die nach ihrem Ermessen über das Ersuchen befindet, mit anderen Worten, deutsche Gerichte müssen bei alliierten Behörden darum bitten, daß deutsche Bürger ihrer deutschen Staatsbürgerpflicht nachkommen!

Die Abrüstungsfrage.

Harding schlägt eine Konferenz der Rüstungsbeschränkung vor.

WB. London, 11. Juli. Die amerikanische Botschaft in London teilt mit, eine vom Weißen Hause ausgehende Erklärung besagt, daß im Hinblick auf die weitreichende Bedeutung der Frage der Beschränkung der Rüstungen, es die Frage an Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan richte, ob sie an einer Konferenz zur Besprechung dieser Angelegenheit in Washington zu einem gegenseitig zu vereinbarenden Zeitpunkt teilnehmen würden. Der Präsident schlug vor, daß die Probleme des Stillen Ozeans und des fernsten Ostens, die mit der Abrüstungsfrage in enger Verbindung stünden, gleichfalls auf dieser Konferenz besprochen würden, um eine allgemeine Verständigung der politischen Grundzüge im fernsten Osten herbeizuführen. China sei eingeladen, an der Besprechung teilzunehmen.

England und Irland.

Neue Kämpfe zwischen Polizisten und Sinnfeinern.

WB. Paris, 11. Juli. Während in Dublin allgemeine Freude herrscht in der Voraussicht, daß ein Friede zwischen Irland und England zustandekommen wird, dauern in Belfast die Unruhen an. Gestern Abend kam es zu Zusammenstößen zwischen einer englischen Polizei-Patrouille und Sinnfeinern. Ein Polizist wurde getötet und zwei verwundet. Infolge des Attentats begann eine richtige Schlacht, die bis in die Nacht andauerte. Bis gestern Abend 11 Uhr wurden 14 Tote und über 100 Verwundete festgestellt. Die Kämpfe dauern die ganze Nacht über an.

Die Lage Oesterreichs.

Ausführungen des Bundeskanzlers.

WB. Wien, 10. Juli. Bundeskanzler Schober gab gestern im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten ein Gespräch, in dem er feststellte, daß die lokale Erfüllung der Verträge heute der Leitfaden der europäischen Politik sei. Oesterreich könne nur, solange es die unterschriebenen Verträge lokal erfülle, darauf rechnen, daß alle darin enthaltenen Bestimmungen zur Durchführung kommen. Die auswärtige Politik Oesterreichs dürfe nur Realpolitik sein, deren

Nächstes Ziel die Verbesserung der Lebensbedingungen seiner Bürger sein müsse. Die Beziehungen zu allen Mächten seien außerordentlich zufriedenstellend. Der Friedenszustand mit den Vereinigten Staaten sei ein neuer Stein im Bau des Weltfriedens. Schon in nächster Zeit dürfte dieser Friedensschluß bedeutende Folgen für die Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Konstellation sichtbar werden lassen.

Bezüglich der Verschiebung der Konferenz von Porto Rose erklärte der Bundeskanzler, er bedauere den Aufschub nicht, wenn durch eine bessere Vorbereitung der Konferenz der Zweck erfüllt werde, Österreich von den drückenden Hemmungen des Verkehrs und damit seiner wirtschaftlichen Entwicklung zu befreien.

Der Bundeskanzler besprach dann die Beziehungen zu den auswärtigen Staaten. Mit dem Kammerwandel in Deutschland verknüpft Österreich die herzlichsten Beziehungen. Bezüglich Italiens hoffte er, daß der neue Minister Torretta den großen Einfluß seiner Regierung in den schwebenden internationalen Fragen zugunsten Österreichs in die Waagschale werfen werde. Auch Frankreich und England hätten Österreich zahlreiche Beweise freundschaftlichen Wohlwollens gegeben. Der Kaiser verwies dann auf die freundschaftlichen Beziehungen zur Tschecho-Slowakei und zu Rumänien. Die Beziehungen zu Jugoslawien seien befriedigend zu nennen.

Kongreß der internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit.

Wien, 11. Juli. Unter überaus starker Beteiligung der Delegierten der über die ganze Welt verzweigten Sektion der internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit sowie von Vertretern vermandter Körperschaften fand gestern vormittag die Eröffnungssitzung des 2. Kongresses der Liga statt. Die Eröffnungsrede hielt die Vorsitzende Frau Jane Addams aus England, in der sie nach einem Rückblick auf die Bemühungen der Liga während des Krieges als Aufgabe der gegenwärtigen Kongresse bezeichnete, Österreich, das nur durch den Krieg so sehr gelitten habe, Heilung zu bringen und dazu beizutragen, der Welt eine Atmosphäre der Verständigung zu schaffen. Der Kongreß wolle eine neue Gesinnung erwecken, die die Kriege für immer unmöglich machen solle. Die Präsidentin der österreichischen Sektion Frau Hertha degnitz die Delegierten aus den verschiedenen Ländern und lobte die Lage des österreichischen Volkes, dessen Arbeit von der Frauenliga unterstützt werden müsse. Die Frauen würden die politischen Rechte, die sie jetzt erhalten haben, im Sinne der Mäßigkeit ausüben.

Frankreich und das Elsch.

Paris, 11. Juli. Der Staatssekretär Bistier, der Ministerpräsident Briand bei der gestrigen Enthüllungsfest des Denkmals des früheren Reichstagsabgeordneten Preis in Kolmar, vertrat, erklärte im Laufe einer Unterredung, daß der Gedanke einer Autonomie, die hauptsächlichste Forderung gegen die deutsche Unterdrückung gewesen sei. Frankreich sei nicht wie das Deutsche Reich eine Föderation unabhängiger Staaten. Es kennt nicht die besondere Souveränität im Rahmen der Nation. Frankreich habe nur eine Regierung, nur ein Parlament. In diesem Sinne sei auch die provisorische Verordnung in Elsch-Lothringen Ende 1919 von dem französischen Parlament angenommen worden. Dieses besondere Regime sei provisorisch, aber ein Abbau werde vorgenommen, doch sollen hierdurch die besonderen Einrichtungen und Befehle für Elsch-Lothringen nicht verschwinden.

Ein großer Streik im Oberelsch.

Strasbourg, 11. Juli. (Priv.-Tel.) Der Streik der Textilarbeiter in Mülhausen, der wegen Lohnveränderung ausgebrochen ist, hat auch auf Mülhous und Schweizer übergegriffen und droht auch, sich auf Unterelsch auszudehnen. Die Zahl der Streikenden ist auf 30.000 gestiegen. Zur Sicherung der Ruhe und Ordnung befindet sich das Militär in den oberelschischen Garnisonen seit dem letzten Mittwoch alarmbereit in den Kasernen.

Die sechs Matties

Roman von Igna Maria.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Punkt einviertel über elf Uhr war am Hochzeitsmorgen das ganze Dorf auf den Beinen. Man wollte doch das Brautpaar sehen! Aus allen Fenstern blickten neugierige Frauenköpfe die Straße entlang. In dichten Gruppen standen die Kinder mit dem Stuhl Rücken, das der Lohn ihres Glückwunsches bildete, und hielten scharf die Haustür im Auge. Pöflich kam Bewegung in die Zuschauer. „Se tummel — Se tummel!“ trompetete Anton Kienstedt und rannte in seiner Aufregung ein Stück die Straße hinab, und wirklich, aus der geräuschten Lärre kamen vier weißgekleidete Kinder mit Blumensträußen. Dann die Braut an Hannes Brennedes Seite, der Brautgänger mit Annen, Hans Matties mit Marie Windemann, bis der ganze Zug mit allen Gästen vorbei war. Und die Kirchenglocken läuteten. Berta galt das Hauptinteresse, so eine schöne Braut hatte man lange nicht im Dorfe gesehen. Sie trug ein weißes Kleid, das rings mit feinsten Spitzen verziert war, ein duftiger weißer Schleier fiel vom frischen Mythenkranz bis zum Rocksaum herab, dazu einen köstlichen Brautstrauß von weißen Lilien und Rosen. Die Brautausstattung samt dem Brautstrauß stellte Theres und Kurtis Brautgeschenk dar.

Und während noch die Zuschauer über all die Pracht staunten, sprachen in der Kirche zwei junge Menschen das kurze Wort, das sie fürs Leben verbindet.

Im Hochzeitsbause wurde die kräftige Hühnersuppe aufgetragen, die Gesellschaft kam zurück und nahm ihre Plätze ein. Die Sige des Brautpaares waren mit frischem Grün und Mothensweigen umwunden, und auf dem langen Tische stand eine kunstvoll getriebene, schwere Silberchale mit weißen Rosen und Silber bekrönt und auch die Tische der beiden anderen Zimmer mit einem dicken Strauß glühender Rosen geschmückt. Das war eigentlich nicht Bauernstille, und mancher Tischgast hätte gerne das — Gemüse beiseite gestellt.

Nach der Suppe stiegen die Hochzeitsreden, angelent und gutgemeint, bis der Kalbs- und Schweinebraten der Qual ein Ende machte.

Bertas Mutter hatte sich mächtig angestrengt, dachte Frau Sina Windemann befriedigt. So eine Hochzeit, die konnte sie schon lassen! Hühnersuppe, Kalbs- und Schweinebraten, Geflügel, dazu die verschiedenen Salate, nur mit Rohm angemacht, die Kompotts und eingemachten Früchte. Und zweierlei Wein. Und Schokoladenpudding mit Schlagobirne und Lorien. Nein, alles was recht ist, der August machte eine

Deutsches Reich.

Die Not der höheren Beamten.

DRB. Köln, 11. Juli. Die Not der höheren Beamenschaft wurde hier am Sonntag in einer stark besuchten Versammlung des Reichsverbandes höherer Beamten, der auch eine Anzahl Abgeordneter und Vertreter der städtischen und der staatlichen Behörden beizugewandten, besprochen. In dem Referat des Amtsräters Stein-Klein und Stadtrat Dr. Röll wurde die Lage der höheren Beamten als besonders traurig bezeichnet. In einer zur Annahme gebrachten Entschließung wurde u. a. erklärt, daß das Einkommen der höheren Beamten an Kaufkraft durchschnittlich nicht mehr als 1/3 bis 1/4 der Friedenszeit betrage, das doch auch nur zur Befriedigung der einfachsten Lebensbedürfnisse genüge. Eine Neuordnung der Befoldungsverhältnisse, die für alle Beamten eine starke und gleichmäßige Annäherung an den Wert des Friedenszeitlohnens bringen müsse, wurde für unumgänglich notwendig gehalten. Der augenblicklichen wirtschaftlichen Lage sei sofort durch wesentliche Erhöhung der Ausgleiche- und Kinderzulagen Rechnung zu tragen.

Noch keine Klärung im Fall Gareis.

DRB. München, 11. Juli. Die posthume Ermittlungen im Falle Gareis haben noch immer zu keinem Ergebnis geführt. In öffentlichen Ausschreibungen wird nunmehr nach dem Namen gefahndet, der sich nach Aussagen einer Zeugin kurz nach der Tat schnell von dem Tatort entfernt hat. Die Meldung der „Donauzeitung“, daß der Begleiter des Hg. Gareis als Mitglied der K. P. D. festgestellt und unter dem Verdacht der Täterschaft verhaftet worden sei, ist aus der Luft gegriffen.

Baden.

Übernahme der Schulkosten auf den badien Staat.

II. Karlsruhe, 10. Juli. Der Haushaltsausschuß des Landtags hat sich in seiner letzten Sitzung (anlässlich der zweiten Lesung des Verteilungsgesetzes) auch mit der Frage der Verteilung des Schulaufwandes zwischen Bund und Gemeinde befaßt. Hierzu lagen zwei Anträge vor: ein sozialdemokratischer, welcher lautete: „Die Normalschulkosten (Personalaufwand) trägt das Land; die weiteren persönlichen Aufwendungen für die Volksschulen fallen ausschließlich den Gemeinden zur Last.“

Der zweite Antrag, der von der Zentrumsfraktion vorlag, wünschste, daß der § 29 Abs. 1 des Verteilungsgesetzes folgende Fassung erhalte:

„Der dem örtlichen persönlichen Schulaufwand der Realanstalten, der höheren Mädchenschulen, der Gewerbeschulen und der Handelsschulen tragen Land und Gemeinde je die Hälfte, von dem örtlichen Aufwand der Volksschulen mit Einschluß der Fortbildungsschulen trägt das Land 3/4, die Gemeinde 1/4. Soweit eine Gemeinde oder Stadt über die im Schulgesetz bestimmte Mindestzahl Lehrstellen errichtet oder Schulinrichtungen schafft, wozu eine gezielte Verpflegung nicht besteht, fällt der hierfür erforderliche Mehraufwand dieser Gemeinde zur Last. Für den persönlichen Aufwand der Gymnasien, der Lehrerbildungsanstalten und der Anstalten für nichtvollständige Kinder bleibt es bei der bisherigen Regelung.“

In der Aussprache erklärte ein Vertreter des Finanzministeriums, der sozialdemokratische Antrag verurteile gegenüber der Regierungsvorlage eine Mehrausgabe von 40 Mill. Bei der Abstimmung wurde dann der sozialdemokratische Antrag mit den Stimmen der sozialdemokratischen, der demokratischen und deutschen Fraktionen mit 117 gegen 107 angenommen.

Der Rheinisch-Westfälische Streik.

DRB. Mannheim, 11. Juli. Zur Streiklage erfahren wir von zuständiger Stelle folgendes: Auf gestern in Duisburg und Umgebung stattgehabten Versammlungen der Ortsgruppen des Heizer- und Maschinistenverbandes beschloßen die Anwesenden, den Streikspruch, wonach der alte Tarif bis zum 1. Oktober dieses Jahres Geltung behält, anzuerkennen. Bis zu diesem Termin sollen die Arbeitgeberverbände im Einvernehmen mit der Arbeitnehmerchaft neue Tarifsätze ausarbeiten, über welche bis zum 1. Oktober Beschluß zu fassen ist.

Die Arbeitnehmerchaft ist gewillt, die Arbeit wieder aufzunehmen, wenn der durch die Streiktage entstandene Lohnausfall von den Arbeitgebern ersetzt wird. Eine Einigung in dieser Frage ist bis jetzt noch nicht zustande gekommen. In

gute Partie, und da war auch nicht einer unter den Gästen, der nicht voll und ganz befriedigt gewesen wäre von dieser Hochzeit.

Frau Rosa Brennedes dachte mit Wehmut, daß sie noch immer keine Aussicht auf eine Schwiegertochter hatte, gottlob, daß die Theres nicht zur Hochzeit gekommen war, dann wäre das alte Geld bei Hannes wieder angefangen. Aber nobel hatte sie sich gezeigt, das mußte man ihr lassen! Das hochfeine Brautkleid. Und diese schwere Silberchale von Sibylla, die mußte ja mächtig Geld verdienen, daß sie solche Geschenke machen konnte. Wer hätte das von den Mattieskindern gedacht! Windemanns Hof zählte mit zu den ersten und war schuldlosfrei, die drei Schwägerinnen der jungen Frau sahen als Bäuerinnen auf Nachbarshöfen, Berta hatte nur mit der Schwiegermutter zu rechnen.

Den unzähligen diesen Kuchen zum Kaffee konnte man kaum die nötige Ehre antun ob des reichlichen Hochzeitsmahles. Die Jungen spitzten sich schon aufs Tanzen. Zu Abend war der alte, halbblinde August Wessel, unter dem Spitznamen „Löffelchen“ bei alt und jung bekannt, der auf seiner Hochzeit feierte, mit seiner Juchharmonika gebeten. Annen suchte nach dem Kaffee mit Hannes Brennedes, den es um seine Mühsen gebeten hatte, daß er verwundert und neugierig folgte, nach Windemanns Hof mit einem mächtigen Korb.

Wiel holte es eine Velter und hieß Hannes den Korb reichen. Ein grünes Transparent mit knallroten Rosen geschmückt: „Willkommen!“ prangte nun über der Eingangstür. Dann schlang es kunstvoll eine schier endlose Tannengirlande mit Rosen in gefälligen Windungen an beiden Seiten. Auf die linke Seite es einen knallroten Rosenstrauß von süßduftenden, tausendblättrigen Bauernrosen.

„Ist's nun kein?“ fragte es glückselig und sah zu dem großen Begleiter auf.

„Nein, Annen!“ lobte der.

„Aber nichts verraten!“ beteuerte es und schlug seine schwarzen, feuchtschimmernden Augen zu ihm auf.

„Theres!“ Hannes starrte Annen an. Das war ja genau wie Theres! Wie er sie vor elf Jahren auf der Weinleiwiese am Bache zum ersten Male gesehen.

„Das siehst Du mich denn so an?“ Annen wurde ganz vorlegen.

Hannes sagte verstört: „Hab' ich Dich angesehen? Ja, Annen. Du gleichst so der Theres —“

„Ich weiß, Hannes. Du hast Theres sehr lieb gehabt“, sagte Annen zart und legte seine Hand auf Hannes' Arm.

Hannes hat auch schon geliebt. Ich wäre ganz die Theres, ich habe gedacht, sie wäre gekommen. Ich hatte mich so gefreut. Ich ferne sie kaum noch, haben Jahre habe ich sie nicht ge-

Mannheim nimmt der Ortsverband der Maschinisten und Heizer in einer heute tagenden Versammlung zu dem Streit Stellung.

Letzte Meldungen.

Die albanische Regierung gestürzt.

DRB. Paris, 11. Juli. Nach einer eingelaufenen Meldung ist die albanische Regierung gestürzt worden. Der Sturz ist, wie die „R. B. J.“ berichtet, darauf zurückzuführen, daß der Völkerrund auf Drängen der alliierten Regierungen die Ansprüche Albaniens betreffend die Grenzregulierung in Südflawien und Griechenland zurückgewiesen hat.

Neue Antriebe in Ungarn?

DRB. Wien, 11. Juli. Von der österreichisch-ungarischen Grenze wird gemeldet, daß in ungarisch Mittenburg die Herzogin Isabella, Mutter des Erzherzogs Albrecht, der Ansprüche auf den ungarischen Thron erhebt, einatmosphäre sei und mit militärischen Ehren empfangen wurde. In ihrer Begleitung befindet sich der bekannte, inzwischen zum General ernannte, Oberst Bronay. Es ist unbekannt, auf welchem Wege die Herzogin aus der Schweiz nach Ungarn gelangt ist.

Bauernunruhen in Bulgarien.

DRB. Wien, 11. Juli. Entgegen allen Dementis veröffentlicht die Wiener Montagblätter Nachrichten von dem Ausbruch neuer Unruhen in Sofia und auf dem Lande. Durch bolschewistische Agitation beeinflusste Bauernverbände haben die Nacht an sich gerissen. Obwohl strengste Zensur gehandhabt wird, ist die Nachricht durchgesickert, daß die Banken und Geschäfte in Sofia geschlossen werden mußten. Infolge der Wirren ist der Wert der Lerna von 7.20 Mk. auf 5 Mk. gesunken.

Atomistischer Angriff gegen die britische Front. — Kein Eingreifen Bulgariens.

DRB. London, 11. Juli. Eine Nachricht des „Exchange Telegraph“ aus Athen meldet, daß die Komunisten einen heftigen Angriff gegen die britische Front bei Moscha Wlafa eröffnet haben.

Der Korrespondent der Times in Sofia meldet, daß die Gerüchte, nach denen Bulgarien beabsichtigen soll, sich an dem griechischen Konflikt irgendwie zu beteiligen, jeder Begründung entbehren.

Cholera im Dongebiet.

DRB. Paris, 11. Juli. Nach einer Agenturmeldung aus Konstantinopel ereignen russische Flüchtlinge, die aus dem Dongebiet angelangt sind, in der ganzen Gegend herrschende Cholera. In Rostow fordert die Cholera jetzt täglich 400—500 Menschenleben.

II. Dorsheim, 10. Juli. Der vom Reichsgericht freigesprochene Oberleutnant Adolf Baule ist ein Sohn unserer Stadt. Er wurde als der Sohn eines Steuerbeamten im Stadtwall bei Weiden geboren und besuchte hier die Schule. Er hatte sich zuerst dem Studium der Psychologie zugewandt, war aber dann zum Militär übergetreten.

II. Brebach, 10. Juli. Das hiesige althergebrachte Ränker soll in der nächsten Zeit wieder einer umfassenden baulichen Reparatur unterzogen werden, die einen Aufwand von etwa 144 Millionen Mark erfordern wird.

c. Basel, 11. Juli. (Priv.-Tel.) Der Pressinformator wird aus Budapest gemeldet, daß der Oberste ungarische Gerichtshof auf Beschluß der Regierung und des Parlamentes gegen die früheren Ministerpräsidenten Karolyi und Wekerle einen Haftbefehl wegen des Verdachts des Hochverrats erlassen.

c. Basel, 11. Juli. (Priv.-Tel.) Der „Secolo“ berichtet, daß die Krise in der Metall-, Textil- und Glasindustrie in Oberitalien eine ernste Verschärfung erfahren hat. In Mailand, Turin, Florenz und Bologna sind über 45.000 Arbeiter beschäftigungslos geworden. Zahlreiche Fabriken und Betriebe schließen täglich.

„Sieben Jahre! Sieben Jahre —“ Hannes Brennedes sah starr vor sich hin. „Komm, Annen, wir wollen zurückgehen.“

„Das laß mir gut sein“, sagte Theodor Bernemann zu Hans Matties. „Diese Hochzeit! Allerlei Hochachtung! So was habe ich noch nicht mitgemacht. Donner ja. Und die Berta ist eine bildhübsche Braut. Aber weißt Du, Annen, gefällt mir doch noch besser. So ein entzückendes Geschöpf. Das laß mir gut sein, wenn die fünf Jahre älter wäre und mich möchte, ich täte sie vom Fleck weg heiraten.“

„O je, Theodor Bernemann! Ratsel und kein Ende, sagt Johann Habermann! Ich sage ja, bei so einer Hochzeit fliegt der Heiratsbazillus nur so in der Luft umher. Nichts ist so ansteckend, wie der Freisteller! Na, man immer zu, ich für mein Teil kann mich beherrschen!“

„So? Und Minni Reimer?“

„Das ist doch etwas anderes!“ Brüllte wandte Hans sich ab.

Bei der fröhlichen Tanzerlei betätigte sich das junge Paar nach Herzenslust. Joger Bürgermeister Brennedes schwenkte seine Rosa im Kreise. Hans und Theodor hatten alle Hände voll zu tun. Bei der Damenwahl holte Annen Hannes Brennedes zum Tänzer, zum nicht geringen Ärger von Rosa Kienstedt.

Hannes fühlte kaum das kleine Ding in seinen Armen. Wie eine Feder, dachte er und betrachtete voller Wohlgefallen Annen. Das mit dem gelockerten Haar in dem weißen Stilkleidchen allerliebste ausah. Und ihre Wangen röteten sich, ihre Augen blühten.

Drei Tage dauerte die Hochzeit, dann trat der Alltag wieder in seine Rechte.

Hans Matties stand vor dem Examen. Theodor Bernemann ging umher wie einer, der sich gründlich den Magen verdorben hat. Er hatte gräßliches Examenstieber. Direktor Johann Habermann war geradezu ungenießbar, mit seinen verfluchten Anspielungen und Bosheiten brachte er die Nervösen, vor Examenständen Bangenden um den letzten Rest ihrer Ruhe. Hans hatte er besonders auf dem Strich. Am Morgen noch suchte er ihn an: „Matties, Sie glauben wohl, Sie sind über den Berg?“ Triumphieren Sie nicht zu früh, schlechte Verse dreschen und ins Examen steigen sie zumeist! Sehen Sie sich, sequenz!“

„Gottbegnadeter Dichterting“, höhnte er schadenfroh, ich werde ein Ding aus Ihnen machen, daran Sie Ihr Lebtag denken! Beim Examen werden sich Ihre Kenntnisse ja zeigen!“ Dazu hatte er so hübsch gelacht, daß Hans vor Rotz rote Funken vor den Augen tanzen.

(Fortsetzung folgt.)

Hafenverkehr in Antwerpen. In den ersten sechs Monaten des Jahres 1921 sind im Hafen von Antwerpen ein- und ausgefahren: 4046 Schiffe mit einem Tonnengehalt von 6346 983 Tonnen. In dieser Zeit sind über Antwerpen nach Nord- und Südamerika angewandert: 23 213 Personen, darunter allein 5326 Polen. In Antwerpen sind infolge der wirtschaftlichen Krise augenblicklich 160 Schiffe stillgelegt, darunter 13 belgische, 2 deutsche und 25 englische.

ßbuchs